



Bern, 15. Mai 2007

Adressaten:
die Kantonsregierungen

**Abkommen zwischen der Schweiz und dem Europäischen Polizeiamt (Europol),
Erweiterung des Mandats (Deliktsbereiche),
Eröffnung der Anhörung**

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Als Vorsteher des EJPD habe ich am 15. Mai 2007 das Bundesamt für Polizei beauftragt, bei den Kantonen eine Anhörung zur Mandatserweiterung des Abkommens mit Europol durchzuführen. Konkret geht es darum, das geltende Mandat auf zusätzliche Deliktsbereiche auszudehnen.

Die Anhörung dauert bis am **3. Juli 2007**.

Eine Arbeitsgruppe unter Einbezug des EJPD (Bundesamt für Polizei, Bundesamt für Justiz), des EDA (Direktion für Völkerrecht), des EVD/EDA (Integrationsbüro) sowie der Kantone (Informationsbeauftragte der Kantone, Sekretariat KKJPD, Sekretariat KKPKS) hat die zusätzlichen Deliktsbereiche geprüft. Die Ergebnisse finden Sie im erläuternden Bericht.

Ihre Hinweise im Rahmen der Anhörung richten Sie bitte direkt an die federführende Stelle im Bundesamt für Polizei: Stab für internationale Entwicklung und Krisenmanagement, Herr Vizedirektor Arnold Bolliger, Nussbaumstrasse 29, 3003 Bern, arnold.bolliger@fedpol.admin.ch.

Für weitere Informationen steht Ihnen das Bundesamt für Polizei zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Christoph Blocher
Bundesrat

Beilage:
- Erläuternder Bericht (d, f, i), Adressatenliste